

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 26) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Freimut Duve MdB, Obmann der Arbeitsgruppe "Kunst und Kultur" der SPD-Bundestagsfraktion, zu einer Beschlagnahmeaktion in Köln: Warnung vor dem Faschismus sichergestellt. Seite 1

Karl Weinhofer MdB, Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, kommentiert, wie Helmut Kohl die Konfrontation mit der Arbeitswelt umgeht: Kanzler der Unternehmer. Seite 3

Inge Wettig-Danielmeier MdL, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, schildert und wertet Eindrücke ihrer USA-Reise: Unser Amerika-Bild ist korrekturbedürftig. Seite 4

Horst Seefeld MdEP, Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments, bewertet die jüngsten verkehrspolitischen Beschlüsse der EG-Regierungen im Lichte der Brenner Blockade: Heilsamer Schock. Seite 6

39. Jahrgang / 59

23. März 1984

### Warnung vor dem Faschismus verfolgt

Fatales Interesse der Staatsschützer an Bildern und Büchern

Von Freimut Duve MdB

Obmann der Arbeitsgemeinschaft "Kunst und Kultur" der SPD-Bundestagsfraktion

Anfang dieser Woche haben Beamte der Kriminalpolizei/ Politische Abteilung in Köln den "Discordia"-Verlag durchsucht und Hunderte von Postkarten beschlagnahmt. Es geht den Staatsanwälten dabei um eine Postkarte, auf der eine Graffiti-Mauerzeichnung aus Aachen mit dem Paul Celan-Satz: "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland - nie wieder Faschismus" verknüpft ist. Diese Postkarte ist seit Jahren im Handel. Nun plötzlich interessierte sich die Staatsanwaltschaft dafür, gibt es einen richterlichen Durchsuchungsbeschluß und die Polizeibeamten durchwühlen den Verlag.

Nach rechtsstaatlichen Gepflogenheiten sind die Beamten außerordentlich schlampig vorgegangen: Obwohl der Durchsuchungsbeschluß vom 17. Februar 1984 datiert, hatten sie es dann am 19. März 1984 plötzlich so

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Verantwortlich:  
Helmut G. Schmidt



eilig, daß sie in Abwesenheit des Verlegers mit Hilfe eines Schlüsseldienstes in den Verlag eindrangen und alles durchwühlten. Sie haben weder den Verleger über die Durchsuchung unterrichtet, noch den Untersuchungsbeschluß hinterlegt, es fand sich keine Liste der beschlagnahmten Gegenstände, ja selbst einen Schlüsselbund zur Privatwohnung des Verlegers hat man "versehentlich" mitgehen lassen.

Der Verleger, der bei seinem Eintreffen im Verlag zunächst glaubte, Einbrecher hätten den Verlag heimgesucht, erfuhr erst von Nachbarn, daß die Polizei da war.

Nach den Dutzenden von Fällen, in denen die Staatsanwaltschaft Buchhandlungen durchstöbern läßt, nach dem skandalösen Entfernen von Bibliotheksbüchern in Burgdorf/Niedersachsen, nun also der Zugriff auf Kunstpostkarten politischen Inhalts! Dabei wird die polemische Verwendung des Hakenkreuz-Motivs auf Abbildungen von Heartfield und Weber neuerdings auch schon als Verstoß gegen Paragraph 90 a StGB (Verunglimpfung der Bundesrepublik) behandelt, denn die Kölner Polizei hat auch Zeichnungen dieser Künstler, die sie beim Discordia-Verlag fand, mitgenommen - vorsichtshalber!

Eine Kunstpostkarte, die einem Staatsanwalt auf- oder mißfällt, löst inzwischen anscheinend rascher dramatische Polizeiaktionen aus als die feixende Selbstgefälligkeit vieler Neonazis und Rechtsterroristen, die bis heute unter dem göttigen Verhammlungsmantel der CSU Schutz suchen.

Viele kleine Mosaiksteinchen aus den letzten Monaten ergeben zunehmend die Konturen eines alt bekannten Profils: Der vermeintliche Staatsschützer sitzt hinterm Schreibtisch und schickt seine Beamten zur Durchwühlarbeit an die Regale von Verlagen, Buchhandlungen und Büchereien.

Den Postkarten-Grafikern dieses Landes sei empfohlen, millionenfach Postkarten zu drucken, auf denen in ehernen Lettern der Artikel 5 unserer Verfassung zu lesen ist:

"Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei." (-/23.3.1984/rs/vo-he)

+ + +



Die heile Welt des Dr. Kohl  
-----

Wie der Kanzler der Unternehmer die Konfrontation mit der realen Arbeitswelt umgeht

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die 35-Stunden-Woche darf nicht sein. Und was nicht sein darf, das kann auch nicht sein. Und die Arbeitnehmer sind sowieso gegen die Gewerkschaftsforderungen nach Arbeitszeitverkürzung. Damit unserem Kanzler dieses heile Bild seiner Bundesrepublik erhalten bleibt, darf man auch schon mal etwas an der Wahrheit und Realität herummanipulieren.

So jetzt geschehen in Berlin. Helmut Kohl durfte ein neues BMW-Motorradwerk in Berlin eröffnen. Da versteht es sich von selbst, daß in dieser Feierstunde die "Klassenkampfparole" von der 35-Stunden-Woche nichts zu suchen hatte. Die Werksleitung hatte vorgesorgt und dem Kanzler einen Empfang beschert, der seinesgleichen sucht. Die betriebliche Realität wurde mal schnell "frisiered":

- Dreihundert IG Metall-Plakate und -Kalender mit der Sonne wurden von den Schwarzen Brettern und Arbeitsplätzen entfernt,
- auch frisch geklebte Flugblätter durften das Wohlbefinden des Kanzlers nicht stören,
- bei den Gästen der Feierstunde waren alle 60 Vertrauensleute der IG Metall nicht erwünscht, für Betriebsratsmitglieder mit einer Stellungnahme zur 35-Stunden-Woche hatte man Polizisten in Zivil zur Stelle,
- das Tragen von Metall-T-Shirts bei der Werksbesichtigung war nicht erwünscht, und
- damit des Kanzlers Bild von der heilen Arbeitswelt keinen Riß bekam, stellte man das Band noch um 20 Prozent langsamer.

Wer's immer noch nicht weiß, dem sei's nochmal gesagt: dies ist der Kanzler der Unternehmer. Mit den Sorgen und Problemen der Arbeitnehmer will er sich erst gar nicht belasten. Er besichtigt Betriebe wie Kindergärten, in denen die Kinder im "Sonntagsstaat" erscheinen, brav ein Gedicht aufsagen und "natürlich" alle zufrieden und glücklich sind. So kann sich dieser selbsternannte Enkel Adenauers zugleich als weiser Großvater aufspielen, der die zügellosen Gewerkschaften warnt, doch nicht so "dumme und törichte" Forderungen aufzustellen.

Von ihm sollte man allerdings nun eines fordern: Er sollte sich erst einmal wirklich in den Betrieben umschauen, wie es dort im Alltag ohne Feiertagskulissen aussieht, er sollte mit den Arbeitnehmern und Gewerkschaftern dort über ihre Anliegen, Probleme und politischen Forderungen sprechen. Erst wenn er das einmal getan hat, sind seine Auslassungen über arbeitsmarkt- und sozialpolitische Fragen ernst zu nehmen.

(-/23.3.1984/rs/vo-he)

+ + +



Unser Amerika-Bild ist korrekturbedürftig

Eindrücke von der bildungspolitischen Situation und der Lage der Frauen in den USA

Von Inge Wettig-Danielmeier Mdl.

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Unser Bild von Amerika stimmt nicht.

Jeder aufmerksame Besucher der Vereinigten Staaten wird schnell feststellen, wie einseitig und unvollständig bei uns über dieses Land berichtet wird - und das, obwohl die USA bei aller Haßliebe in der Bundesrepublik in vielen Bereichen als Vorbild gelten.

An zwei Fragen, die in letzter Zeit in der Bundesrepublik heftig diskutiert werden, zeigt sich diese Kluft zwischen Darstellung und Wirklichkeit besonders deutlich: Das sind zum einen die Wahlen in den USA mit ihrer immensen Auswirkung auf die ganze westliche Welt und das ist zum anderen die Beispielfunktion, die das amerikanische Bildungssystem, insbesondere die private "Elite"hochschulen, nach dem Willen von FDP und Teilen der Union für die Bundesrepublik haben sollten.

Wenn Genscher private Elitehochschulen propagiert und dabei auf amerikanische Vorbilder verweist, so verkauft er Luftblasen. Merkwürdigerweise laufen inzwischen halbgebildete Mächtigenbildungspolitiker scharenweise hinter diesen Luftblasen her, wie die niedersächsische Landesregierung mit Albrecht und Breuel, aber neuerdings auch der CDU-Wirtschaftsrat. Dabei gibt es kaum ein großes Industrieland, dessen Bildungssystem so schwerwiegende, systembedrohende Mängel aufweist wie das der Vereinigten Staaten.

Alle US-Bildungspolitiker, mit denen ich gesprochen habe, seien sie im Auftrag der Regierung, des Kongresses oder der Gewerkschaften tätig, haben immer wieder darauf hingewiesen, wie groß der Mangel an mathematischer, naturwissenschaftlicher und technologischer Breitenausbildung in den USA ist. Sie haben beklagt, daß die auch in anderen Bereichen mangelhafte Breitenbildung zu Problemen an Colleges und Hochschulen führt. Tatsächlich werbe die Industrie die fähigen Studenten, insbesondere der Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften, zu hohen Preisen ab, ehe sie überhaupt einen Universitätsabschluß oder die Promotion erreichten. Die mangelnde Breitenausbildung mache der Industrie auch auf der Facharbeiterebene zu schaffen; fatal seien die Folgen für die Universitäten, und zwar für Lehre und Forschung.

Die hohen Gehälter, die die Industrie fachlich qualifizierten Studenten schon nach dem B.A. oder B.S. (dieser Abschluß wird hier offiziell dem Abitur gleichgesetzt, gelegentlich wird ein Studienjahr auf ein deutsches Studium angerechnet) anbietet, veranlassen häufig gerade die besten Studenten zum Verlassen der Hochschulen; sie fehlen dann im folgenden wissenschaftlichen Studium und vor allem in der Hochschulforschung. Einer der Experten brachte die Hochschulsituation in den USA auf die Formel "we are eating the seeds up" (Wir essen unser Saatgut auf!). Natürlich können die Hochschulen auch mit ihren Gehältern für Hochschullehrer die Konkurrenz mit der Privatwirtschaft kaum bestehen, was sich auf die Qualität der Hochschullehrer und Forscher auswirken muß.

Ständig sinkende öffentliche Bildungsausgaben haben dazu geführt, daß Privathochschulen so teuer geworden sind, daß sie bei sinkenden Studentenzahlen bereits jetzt ihre Anforderungen herunterschrauben müssen, um überhaupt genug Studenten einzuwerben. Sie sind so gezwungen, sich mehr auf Stützkurse als auf die "Elite"ausbildung zu konzentrieren. - Private Hochschulen werden natürlich auch zu großen Teilen öffentlich finanziert. - Selbst der Besuch staatlicher Hochschulen kostet inzwischen erhebliche Studiengebühren, so daß ein Hochschulstudium in den USA immer mehr zu einer Sache des Geldes und immer weniger zu einer Sache der Begabung und Leistung wird.



Wer ein solches System kopieren will, weiß entweder nicht, wovon er oder sie redet oder handelt verantwortungslos. Gerade angesichts amerikanischer Erfahrungen scheint es sehr viel sinnvoller, unsere leistungsfähigen deutschen Hochschulen besser auszustatten:

Auch unsere Lehrausbildung ist trotz mancher Defizite dem US-System weit überlegen. Dieses System sollte uns als warnendes Beispiel dienen, welche schwerwiegenden Folgen die Vernachlässigung der Lehrerausbildung haben kann, Folgen, die auch die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft berühren. Um ein dem bundesrepublikanischen Standard vergleichbares Niveau zu erreichen, kalkulieren amerikanische Bildungsexperten und Lehrer-gewerkschafter eine jahrzehntelange Nachholzeit.

Über die kommenden Präsidentschaftswahlen in den USA hört man in der Bundesrepublik vor allem, daß Präsident Reagan bereits jetzt so gut wie sicher gewählt sei. Die Aufstellung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten wird eher als notwendige, aber erfolglose Politshow dargestellt. Daß sich in den USA die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft, sich eine tiefe Kluft zwischen Frauen und Männern aufgetan hat und dies durchaus auch Auswirkungen auf den Wahlkampf hat, wird nicht erwähnt. Ist ein Kandidat sicher gewählt, den zwar 53 Prozent der Männer, aber nur 38 Prozent der Frauen für wählbar halten? Von dem 49 Prozent der Frauen und immerhin noch 33 Prozent der Männer fürchten, er könnte die USA in einen Krieg führen.

Die Bedeutung der Frauen in der amerikanischen Gesellschaft wird von der bundesrepublikanischen Presse kaum zur Kenntnis genommen. Dabei wäre es durchaus berichtenswert, daß zwischen amerikanischen Männern und Frauen in der Beurteilung aller wichtigen politischen Grundsatzfragen eine Kluft von zehn bis 20 Punkten liegt.

Das gilt für die Fragen der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik, das gilt für die Frage der Friedenspolitik und das gilt natürlich am stärksten für die Politik der Gleichstellung von Mann und Frau und die Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch. In keiner dieser Fragen hat der gegenwärtige Präsident eine Mehrheit bei den Frauen. Die republikanische Partei - und die rangiert in der politischen Bewertung eher höher als ihr Präsident - wird von nur 24 Prozent der Frauen für sozial fair gehalten. Immerhin werden 1984 54 Prozent aller Wähler Frauen sein. Die überparteilichen Frauenorganisationen rüsten sich für einen Wahlkampf gegen Reagan. Selbst die republikanischen Funktionärinnen konnten sich auf ihrer letzten Zusammenkunft nicht auf einen aktiven Wahlkampf für Ronald Reagan einigen.

Die demokratische Partei wird mit diesem Pfund wuchern. Immerhin läßt sie schon seit Jahren zu ihren Wahlkongressen nur Delegationen zu, die je zur Hälfte aus Männern und Frauen bestehen, und ihre Parteifunktionen werden nach demselben Grundsatz besetzt. Sie verspricht nicht nur eine bessere Regierungspolitik für Frauen, sie verwirklicht sie auch in ihren eigenen Reihen.

In den Vereinigten Staaten ist der "gender gap" (die Kluft zwischen den Geschlechtern) ein viel diskutiertes Thema, auch in der Presse.

Die deutsche Öffentlichkeit täte gut daran, die veränderte Stellung der Frau zur Kenntnis zu nehmen - sie könnte die Wahlen in den USA beeinflussen, sie könnte aber auch in der Bundesrepublik einiges verändern.

(-/23.3.1984/rs/va-he)

+ + +



Heilsamer Schock

Die Brenner Blockade förderte die Kooperationsbereitschaft der europäischen Regierungen

Von Horst Seefeld MdEP

Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments

Die Ereignisse am Brenner und an anderen Grenzübergängen haben offensichtlich einen heilsamen Schock bei den EG-Verkehrsministern und ihren Regierungen hinterlassen. Jedenfalls muß man nach der Ministerratstagung vom 22. März 1984 den Eindruck haben, daß alle Regierungen zur verstärkten Kooperation bereit sind und zumindest das Problem der Grenzabfertigungen rasch und erheblich unbürokratischer entscheiden wollen. Dafür spricht die Bereitschaft, das vereinfachte Abfertigungsverfahren beim Güterkraftverkehr schon früher als zum vorgesehenen Termin (1. Januar 1985) in Kraft zu setzen.

In diesem Zusammenhang erhält auch die italienische Ankündigung besonderes Gewicht, alle Anstrengungen - insbesondere an den wichtigsten Alpenpässen - zu unternehmen, um eine kontinuierliche und reibungslose Abfertigung zu erreichen.

Bei allem guten Willen der EG-Verkehrsminister darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Verbesserung des Übergangs an den Binnengrenzen der EG zwar ein wichtiges, aber nicht das einzige zu lösende Problem ist. Es bleibt zu hoffen, daß nunmehr auch die anderen seit Jahren überfälligen ungelösten Fragen Entscheidungen zugeführt werden. Wobei von besonderer Bedeutung und besonders dringlich die Harmonisierung der Steuersysteme ist.

Die Verkehrsminister haben sich vorgenommen, unter der französischen Präsidentschaft in den verbleibenden drei Monaten noch weitere Male zusammenzutreffen. Dies ist zu begrüßen und es bleibt zu hoffen, daß man bemüht ist, den schlechten Eindruck, den man bisher hinterlassen hat, durch Leistungen zu verändern.

(-/23.3.1984/rs/eh)

+ + +

